

PRO-1-49 Kap.1 1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Einfügen nach Zeile 49:

2 Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Der globale Handel ist
3 härter geworden, technologische Durchbrüche wirbeln unsere Wirtschaft durcheinander, neue
4 Wettbewerber fordern uns heraus, und bewährte Branchen wie unsere Automobilindustrie erleben
5 die größte Bewährungsprobe ihrer Geschichte.

6 "Baden-Württemberg steht an einem wirtschaftlichen Wendepunkt. Nach Jahrzehnten stabilen
7 Wachstums und hoher industrieller Stärke befindet sich das Land derzeit unter dem stärksten
8 Gegenwind seit Langem. Tausende Arbeitsplätze in der Automobil- und Zuliefererindustrie sind
9 in Gefahr und die globale Transformation hin zu Elektromobilität, Digitalisierung und
10 Dekarbonisierung stellt die gesamte Wertschöpfungskette in Frage. Als stark
11 exportorientiertes Industrieland steht Baden-Württemberg unter wachsendem Druck, da
12 geopolitische Spannungen, technologische Abhängigkeiten – insbesondere in Bereichen wie
13 Chips, Batterien und seltenen Erden – sowie neue Handelsmaßnahmen der USA die globalen
14 Lieferketten und Absatzmärkte zunehmend belasten. Hohe Energiepreise, überbordende
15 Bürokratie und ein akuter Fachkräftemangel erschweren zusätzlich die Situation."

16 Wir stehen deshalb vor einer wichtigen Wahl: Suchen wir die Antwort in Kulturkämpfen und den
17 Rezepten von gestern? Oder nehmen wir die Herausforderung an und gehen voran?

Begründung

Wirtschaft in Baden-Württemberg unter massivem Gegenwind

Als Auftakt für die wirtschaftspolitischen Impulse und Antworten, die wir geben möchten, braucht es eine klare Benennung und Beschreibung der aktuellen Ausgangslage: Viele Beschäftigte in Baden-Württemberg fürchten aktuell akut um ihre Jobs und das Land steht an einem wirtschaftlichen Wendepunkt aufgrund der geopolitischen Spannungen und des technologischen Wandels.

PRO-1-91 Kap. 1 1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken.

Agenda für Innovation und Wachstum

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Von Zeile 91 bis 94 ersetzen:

2 Um vorne mit dabei zu sein, verhelfen wir besonders bahnbrechenden Entwicklungen zum
3 Durchbruch – wie zum Beispiel in der Biotechnologie, beim Quantencomputing oder in der
4 Robotik.

5 Durch:

6 Um an der Spitze technologischer Entwicklungen zu bleiben, wollen wir eine
7 Technologiestrategie 2035 entwickeln, die es Baden-Württemberg ermöglicht, kommende
8 bahnbrechende Entwicklungen nicht nur zu begleiten, sondern aktiv mitzugestalten und zum
9 Durchbruch zu verhelfen – insbesondere in den Schlüsselbereichen wie zum Beispiel Künstliche
10 Intelligenz, Biotechnologie, Quantencomputing, Wasserstofftechnologien und Robotik.

Begründung

Wirtschaft in Baden-Württemberg unter massivem Gegenwind

Länder wie China definieren klar ihre Technologiestrategie. Sie definieren präzise, welche Ressourcen sie einsetzen und welche Etappenziele sie bis wann erreichen wollen wie in der Entwicklung von Batterien, Chips, Robotik oder Künstlicher Intelligenz. Warum sollen wir das nicht auch tun als eine der weltweit fortgeschrittensten Regionen. Wir dürfen nicht abwarten und hoffen, dass sich Entwicklungen bei uns zeigen, sondern diese aktiv fördern.

Zudem müssen wir verhindern, dass Zukunftstechnologien zu einer Bedrohung werden, wenn wir sie nicht selbst aktiv gestalten. Wenn Baden-Württemberg nicht wettbewerbsfähig bleibt und sich weder über neue Firmen noch etablierte Unternehmen in neuen Technologiefeldern behauptet, dann droht ein Szenario, in dem Künstliche Intelligenz nicht neue Wertschöpfung schafft, sondern lediglich Effizienzsteigerungen realisiert – mit der Folge, dass Arbeitsplätze wegfallen, aber keine neuen entstehen. Eine strategisch geführte Technologiestrategie stellt sicher, dass Innovation in Baden-Württemberg neue Geschäftsmodelle, neue Industrien und neue hochwertige Arbeitsplätze schafft.

PRO-1-100 Kap.1 1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken.

Agenda für Innovation und Wachstum

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Nach Zeile 100 einfügen:
- 2 Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gelingen fundamentale Durchbrüche mit hohem gesellschaftlichen Nutzen.
- 3 "Wir müssen verhindern, dass Zukunftstechnologien zu einer Bedrohung werden, wenn wir sie nicht selbst aktiv gestalten. Wenn Baden-Württemberg nicht wettbewerbsfähig bleibt und sich weder über neue Firmen noch etablierte Unternehmen in neuen Technologiefeldern behauptet, dann droht ein Szenario, in dem beispielsweise Künstliche Intelligenz nicht neue Wertschöpfung schafft, sondern lediglich Effizienzsteigerungen realisiert – mit der Folge, dass Arbeitsplätze wegfallen, aber keine neuen entstehen."

Begründung

Arbeitplätze schaffen

Zukunftstechnologien sollen nicht zu einer Bedrohung werden, wenn wir sie nicht selbst aktiv gestalten. Wenn Baden-Württemberg nicht wettbewerbsfähig bleibt und sich weder über neue Firmen noch etablierte Unternehmen in neuen Technologiefeldern behauptet, dann droht ein Szenario, in dem beispielsweise Künstliche Intelligenz nicht neue Wertschöpfung schafft, sondern lediglich Effizienzsteigerungen realisiert – mit der Folge, dass Arbeitsplätze wegfallen, aber keine neuen entstehen.

PRO-1-135 Kap 1.1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken.

Agenda für Innovation und Wachstum

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Nach Zeile 135 einfügen:
- 2 Wir wollen die Ansiedlungsstrategie des Landes weiterentwickeln. Dazu schaffen wir mehr
- 3 Platz für neue Ideen und Betriebe. Damit das gelingt, wollen wir noch gezielter dafür
- 4 sorgen, dass ausreichend Flächen für Firmen bereitstehen – damit Gründer*innen, Handwerk und
- 5 Industrie auch in Zukunft Raum zum Wachsen und Gründen finden.
- 6 "Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gehört eine verbesserte
- 7 Kosteneffizienz, daher wollen wir uns stark machen für reduzierte Energiekosten und den
- 8 Abbau von Bürokratie."
- 9 Daneben setzen wir uns mit unserer starken Landesvertretung in Brüssel bei der EU dafür ein,
- 10 dass Baden-Württemberg mehr Spielraum bekommt, die wirtschaftliche Transformation gezielt zu
- 11 fördern. So schaffen wir die Voraussetzungen, damit unser Land und die Unternehmen weiterhin
- 12 in neue Technologien investieren können, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Begründung

Stärkung Wettbewerbsfähigkeit

Im internationalen Wettbewerb entscheiden heute nicht nur technologische Spitzenleistungen, sondern ebenso optimierte Kostenstrukturen darüber, ob unsere Produkte weltweit nachgefragt werden. Damit Baden-Württembergs Unternehmen auch künftig erfolgreich auf internationalen Märkten bestehen können, müssen wir darauf achten, dass ihre Produktion nicht durch überhöhte Energiepreise oder unnötige bürokratische Belastungen verteuert wird. Die Senkung der Energiepreise durch die Bundesregierung war ein erster wichtiger Schritt, doch wir müssen langfristig für stabile und wettbewerbsfähige Energiekosten sorgen. Ebenso gilt es, Bürokratie konsequent abzubauen, um Betriebe von vermeidbaren Kosten zu entlasten. Nur wenn wir technologische Leistungsfähigkeit und Kostenwettbewerbsfähigkeit gleichermaßen sichern, schützen wir Wertschöpfung, Exportstärke und hochwertige Arbeitsplätze im Land. Die Bedeutung dieser Kostenwettbewerbsfähigkeit ist so zentral, dass sie im ersten Kapitel ausdrücklich hervorgehoben werden sollte.

PRO-1-180 Kap. 1.1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken.

Unsere Automobilwirtschaft in die Zukunft

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 In Zeile 180 einfügen:
- 2 große Chancen für Innovation, Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Darüber hinaus setzen
- 3 wir verstärkt auf leistungsfähige Chips und Smart Data
- 4 "und engagieren uns intensiv für den Aufbau moderner Halbleiter- und Chip-
- 5 Produktionsstandorte in Deutschland und der EU."
- 6 Mit einem gemeinsamen Datenraum ermöglichen wir Unternehmen einen sicheren Austausch von

Begründung

Chip Produktion unterstützen

Unsere Lieferketten stehen zunehmend unter Druck, weil Schlüsselkomponenten wie Computerchips und seltene Erden global knapp sind und stark von geopolitischen Abhängigkeiten beeinflusst werden. Um die technologische und wirtschaftliche Souveränität Europas zu sichern, müssen wir eigene, moderne Produktionskapazitäten für Halbleiter und Chips aufbauen. Das schützt unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten vor kostspieligen Produktionsausfällen und Unsicherheiten, die durch fehlende Chips entstehen können. Nur mit einer resilienten, europäischen Halbleiterbasis bleiben unsere Industrie, unsere Innovationskraft und unsere Arbeitsplätze langfristig abgesichert.

PRO-1-191 Kap. 1.1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken.

Unsere Automobilwirtschaft in die Zukunft

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 In Zeile 191 einfügen:

2 Beim autonomen Fahren gehen wir den Schritt vom Test zum Regelbetrieb und bringen
3 Pilotregionen für autonom fahrende Shuttles auf den Weg. Wir wollen zukunftsfähige
4 Arbeitsplätze entlang der gesamten automobilen Wertschöpfungskette erhalten – durch
5 Qualifizierung und Weiterbildung, durch die Transformation der Zulieferbetriebe und im engen
6 Schulterschluss mit den Tarifpartnern.

7 "Da Qualifizierungen in Zukunftstechnologien besonders anspruchsvoll und zeitintensiv sind,
8 wollen wir Unternehmen Qualifizierungsgutscheine bereitstellen, um MitarbeiterInnen auch
9 tiefgehende Weiterbildung über mehrere Jahre zu ermöglichen."

10 Auch unsere Mobilitätsstrategie für das Land selbst ist ein Motor der industriellen
11 Erneuerung.

Begründung

Tiefgehende Qualifizierung ermöglichen

Der Übergang in Felder wie Künstliche Intelligenz, Robotik, Biotechnologie oder Batterietechnologien verlangt nicht nur kurze Schulungen, sondern den systematischen Aufbau neuer Kompetenzen, die oft mehrere Qualifikationsstufen und Jahre intensiven Lernens umfassen. Ohne gezielte Unterstützung riskieren insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, im technologischen Wandel zurückzufallen, weil ihnen die Ressourcen für langfristige Weiterbildung fehlen. Qualifizierungsgutscheine schaffen hier Planungssicherheit: Sie ermöglichen es Betrieben, ihre Beschäftigten frühzeitig und vorausschauend für die Technologien von morgen auszubilden – und sichern damit Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

PRO-1-252 Kap. 1.1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken.
Startklar für die Neue Gründerzeit

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 In Zeile 252 einfügen:
- 2 Um die Start-up-Finanzierung weiter zu verbessern, wollen wir das erfolgreiche Programm
- 3 „Start-up BW PreSeed“ fortführen und ausbauen,
- 4 "damit GründerInnen deutlich geringere Risiken tragen und auch technologieorientierte Start-
- 5 ups mit längerer Anlaufzeit realisiert werden können."
- 6 Wir richten die Förderkonditionen und Antragsverfahren flexibel nach den Bedürfnissen von
- 7 Start-

Begründung

Risikofreiere Gründungen

Gründungen sind grundsätzlich mit hohen Risiken verbunden: Etwa eines von zehn Unternehmen übersteht die Anfangsphase erfolgreich. Die finanziellen und organisatorischen Belastungen sind insbesondere für Gründerinnen und Gründer mit Familie oder für Projekte mit längeren Anlaufzeiten groß. Ohne gezielte Unterstützung ist der Schritt in die Selbstständigkeit für viele Menschen schwer realisierbar.

Besonders technologieorientierte Start-ups sind zusätzlich durch lange Entwicklungszeiten, aufwendige Prototypen oder spezielle Zulassungsverfahren herausgefordert. Erfolgreiche Unternehmen in diesem Bereich schaffen jedoch langfristig qualifizierte Arbeitsplätze, fördern Innovationen und tragen so nachhaltig zur regionalen Wertschöpfung bei. Indem wir das Risiko für Gründerinnen und Gründer reduzieren, erleichtern wir den Aufbau neuer Unternehmen und sichern neue Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

PRO-1-315 Kap. 1.1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken.
Chancen schaffen, Werte erhalten – Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel stärken

Antragsteller*in: Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Hinter dem Satz in Zeile 315:

2 "Damit das vorhandene Know-how und die bestehenden Arbeitsplätze nicht
3 verloren gehen, werden wir das Matching-Programm zur Unternehmensnachfolge
4 fortführen und weiterentwickeln."

5 Soll folgender Satz eingefügt werden:

6 "Wir wollen insbesondere Frauen beim Matching unterstützen Unternehmensnachfolgen anzugehen,
7 um so langfristig weibliches Unternehmerinnentum zu stärken."

Begründung

Zu wenige Frauen führen Unternehmen. Unternehmertum ist oft ein männlich geprägtes Feld. Bei Unternehmensnachfolgen können wir Unternehmerinnentum stärken durch gezieltes Matching.

PRO-1-431 Kap. 1.1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort stärken – Wirtschaft neu denken.
Gute Arbeit: Fair, sicher, selbstbestimmt

Antragsteller*in: Finn Schwarz (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Es soll nach Zeile 431 eingefügt werden:

2
3 Empowernde Arbeitsmarktpolitik, heißt auch: Stärkung der Gewerkschaften! Wir wollen die
4 betriebliche Mitbestimmung stärken und aktiv gegen „Union Busting“ vorgehen: Wir wollen
5 deshalb die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung von Verstößen
6 gegen das Betriebsverfassungsgesetz in Baden-Württemberg prüfen.

Begründung

siehe Antrag SO-3: Demokratie am Arbeitsplatz stärken – Betriebs- und Personalratswahlen 2026 aktiv unterstützen

Forderung wird nun ins Wahlprogramm überführt.

PRO-1-737 Kap 1.3 Investition aus Tradition: Wettbewerbsfähig im Wandel

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Nach Zeile 737 einfügen:

2 Künstliche Intelligenz begreifen wir als entscheidenden Treiber der Wirtschaft der Zukunft.
3 Deshalb wollen wir Stärken unserer drei KI-Hot-Spots bündeln: die exzellente Forschung des
4 Cyber Valley, die ingenieurwissenschaftliche Spitzenkompetenz des KIT und die praxisnahe
5 Power des Innovation Park Artificial Intelligence (IPAI).

6 Baden-Württemberg ist im Maschinenbau und bei maßgeschneiderten Mittelstandslösungen
7 weltweit führend. Diesen Wettbewerbsvorteil wollen wir gezielt ausbauen, indem wir KI-
8 Lösungen in ingenieurtechnischen Umgebungen entwickeln. Ein Maschinenbau-KI-Transferhub
9 soll entstehen, das die besten KI-Anwendungen für intelligente Produktionsprozesse,
10 Robotiksysteme und hochpräzise Werkzeugmaschinen bereitstellt. Wir verbinden unsere
11 industrielle Stärke mit zukunftsweisenden Technologien und schaffen so einen nachhaltigen
12 Wettbewerbsvorteil für die Industrie von morgen.

13 Auf diese Weise heben wir unser Künstliche Intelligenz made in Baden-Württemberg auf ein
14 neues Level und machen unser Land zum führenden KI Standort in Europa.

Begründung

Maschinenbau – KI – Transferhub

Baden-Württemberg ist im Maschinenbau und bei maßgeschneiderten Mittelstandslösungen weltweit führend. Diesen bestehenden Wettbewerbsvorteil wollen wir sichern und gleichzeitig ausbauen, indem wir Künstliche Intelligenz gezielt in ingenieurtechnische Umgebungen integrieren. Ein Maschinenbau-KI-Transferhub soll entstehen, der die besten KI-Anwendungen für intelligente Produktionsprozesse, Robotiksysteme und hochpräzise Werkzeugmaschinen entwickelt und praxisnah bereitstellt. Durch die Verbindung unserer etablierten industriellen Stärke mit zukunftsweisender KI-Technologie können wir nicht nur den Vorsprung im Maschinenbau sichern, sondern zugleich einen neuen, nachhaltigen Wettbewerbsvorteil für die Industrie der Zukunft schaffen.

PRO-2-132 Kap 2.2 Chancen sichern: Gute Schule: Bildung, die jedes Kind erreicht

Antragsteller*in: Finn Schwarz (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Es soll in Zeile 132 eingefügt werden, nach [...] verzahnt. : Wir wollen den Pilotversuch
- 2 zeitnah evaluieren und die Ausweitung des Pilotversuchs auf ein duales Lehramtsstudium im
- 3 Bachelor prüfen. Innovative Leuchtturm-Projekte im Lehramtsstudium wie die "Lehr:Werkstatt"
- 4 wollen wir wieder aufbauen und vollumfänglich finanzieren.

Begründung

Die Lehramtsausbildung ist nicht gut. Das Studium ist praxisfern, bis zum Master-Studium ist nur ein 3wöchiges passives Praktikum vorgeschrieben. Viele Studierende merken zu spät, dass Lehramt vllt. doch nicht zu ihnen passt.

Jüngste Umfragen bestätigen das.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/studie-lehramt-studenten-100.html>

Ein praxisintegrierteres Lehramtsstudium, dass frühzeitig beginnt, wird die Ausbildung zur angehenden Lehrkraft maßgeblich verbessern.

Das bisheriges Leuchtturm-Projekt, die "Lehr:werkstatt" die von der Uni Tübingen initiiert wurde, bw-weit ausgeweitet wurde und sogar in Bayern adaptiert wurde, wurde vor kurzem aus finanziellen Gründen eingestellt, da die Dritt-Mittel ausliefen.

Eine gesicherte Planfinanzierung seitens des Landes, könnte hier schnell effektive Verbesserung schaffen!

PRO-2-206 Kap. 2.2 Chancen sichern: Gute Schule: Bildung, die jedes Kind erreicht. Zurück an die Leistungsspitze – Schulqualität und modernes Lernen

Antragsteller*in: Finn Schwarz (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Im Satz Zeile 206 Digitale und KI-gestützte Lernbegleitung soll Schüler*innen dabei unterstützen, ihren individuellen Lernprozess zu gestalten.
- 2 wird " und KI-gestützte" gestrichen

Begründung

KI verändert unsere Gesellschaft massiv. Teilweise schneller, als das wir verstehen, wie wir produktiv damit umgehen. Schulen als gesellschaftliche Orte sind davon nicht ausgenommen.

KI ist vor allem Daten-Sammlung. Wir sollten Schüler*innen-Daten nicht in eine KI geben, bevor wir nicht selbst einen produktiven Umgang mit KI in der Gesellschaft und vor allem im Schulalltag, im Unterricht, mit den Schüler*innen gefunden haben.

Die beste Lernbegleitung sind kompetente Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams :)
Hier geben wir im Programm schon gute und richtige Antworten!

PRO-3-192 Kap. 3.3 Klimaschutz mit Zukunft: klimaneutral, dezentral und gerecht. Energie in der Hand von Bürger*innen

Antragsteller*in: Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 In Zeile 192 von Kapitel 3 des Wahlprogramms soll im Satz:
- 2 "Wir wollen die Bürger*innen Baden-Württembergs noch stärker als bisher zu den
- 3 Profiteuren des Ausbaus der Erneuerbaren Energien machen."
- 4
- 5 "Profiteuren" durch "Profiteur*innen" ersetzt werden

Begründung

Dieser redaktionelle Antrag dient dem richtigen und im Wahlprogramm durchgängigen Gendern. Siehe hierzu auch das "Bürger*innen" im gleichen Satz.

PRO-3-271 Kap 3.4 Zukunft voller Leben – Natur und Tiere schützen und die Vielfalt der Arten bewahren. Natur erleben – Zugang und Bildung für alle

Antragsteller*in: Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Der Absatz ab Zeile 271 wird wie folgt geändert:

2

3 Ursprüngliche Fassung:

4 "Wir wollen Umweltbildung in allen Lebensbereichen stärken – in Schulen, in der
5 außerschulischen Bildung und in kommunalen Angeboten. Bildungsarbeit für
6 Biodiversität und Klimaschutz sehen wir als Grundpfeiler einer aufgeklärten
7 Gesellschaft. Das Freiwillige Ökologische Jahr soll wachsen und vielfältiger
8 werden. Schutzgebiete machen wir zugänglich und erlebbar. Gleichzeitig wollen
9 wir mehr Natur in den Alltag der Städte bringen – durch grüne Schulhöfe,
10 renaturierte Stadträume und wohnortnahe Erholungsräume."

11 Einfügungen:

12 "Wir wollen Umweltbildung in allen Lebensbereichen stärken – in Schulen, Kindertagesstätten,
13 in der
14 außerschulischen Bildung und in kommunalen Angeboten. Bildungsarbeit für
15 Biodiversität und Klimaschutz sehen wir als Grundpfeiler einer aufgeklärten
16 Gesellschaft. Das Freiwillige Ökologische Jahr soll wachsen und vielfältiger
17 werden. Schutzgebiete machen wir zugänglich und erlebbar. Gleichzeitig wollen
18 wir mehr Natur in den Alltag der Städte bringen – durch grüne Schulhöfe und
19 Kindertagesstätten,
20 renaturierte Stadträume und wohnortnahe Erholungsräume."

Begründung

Gerade in der fröheren Bildung sollte die Umwelt eine starke Rolle spielen und den Kindern spielerisch nahegebracht werden.

PRO-4-127 Kap. 4 Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

Antragsteller*in: Peter Bering (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Ab Zeile 127 einfügen:
- 2 Wir haben die Kapazitäten für den Radtransport im Zug deutlich ausgeweitet. Wir wollen auch auf wichtigen Regiobuslinien weitere Transportkapazitäten für die Mitnahme von Fahrrädern ausbauen.

PRO-4-251 Kap. 4 Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben

Antragsteller*in: Peter Bering (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 In Zeile 251 ersetzen:
- 2 Fußgängerfreundlicher durch: fußgänger- und fahrradfreundlicher

PRO-4-354 Kap. 4.2 Wohnen mit Aussicht: Sicher und bezahlbar

Antragsteller*in: Christoph Jahn (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Streichen in Zeile 354:

2 "wie Vonovia"

3 Mit dem Ziel einer gemeinwohlorientierten Wohnraumpolitik wollen wir Wohnraum in die
4 öffentliche Hand zurückholen: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll gezielt
5 Großbestände von privaten Wohnungsunternehmen wie Vonovia zurückkaufen, während ein
6 landesweites Förderprogramm den Kommunen den Erwerb von Wohnraum ermöglicht.

Begründung

Wohnungsbaugesellschaft soll Großbestände von privaten

Eine offene Formulierung, die sämtliche Wohnungsunternehmen adressiert, soll vorgezogen werden.

PRO-4-635 Kap 4.3 Gesundheit in Bewegung – gut versorgt. Gesundheit ist Gemeinschaft

Antragsteller*in: Nicola Frank (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Kapitel 4.3 Zeile 635-638 streichen:
- 2 „Wir setzen uns mit aller Kraft gegen Einsamkeit ein, die so viele Menschen
- 3 betrifft und ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden gefährdet. Wir wollen eine
- 4 Strategie gegen Einsamkeit entwickelt und setzen auf eine zentrale Anlaufstelle,
- 5 die denen, die sich einsam fühlen, Hilfe und Unterstützung anbietet.“
- 6 Stattdessen unter Z. 634 einfügen:
- 7 „Mentale Gesundheit für alle
- 8 Eine gute Gesundheitsversorgung muss die psychische Gesundheit (mental health) der Menschen
- 9 in den Blick nehmen. In allen Altersgruppen wächst die Zahl der Betroffenen, die unter
- 10 Erkrankungen wie Depressionen, Belastungsstörungen etc. leiden, oder die in ihrer
- 11 Lebenssituation Einsamkeit oder Mobbing erleben. Das ist nicht nur eine Belastung für die
- 12 Betroffenen selbst, sondern oft auch für ihre Angehörigen. Zudem gehen viele psychische
- 13 Erkrankungen mit einem stark erhöhten Risiko für körperliche Krankheiten einher. Es ist
- 14 deshalb wichtig, dass psychische Erkrankungen früh erkannt werden, dass es ausreichend
- 15 vorbeugende und aufklärende Angebote gibt und Betroffene schnell in Behandlung kommen
- 16 können.
- 17 Wir wollen passgenaue Hilfen erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Wichtig sind wohnortnahe
- 18 niederschwellige Angebote. Das umfasst sowohl Anlaufstellen als auch aufsuchende Arbeit.
- 19 Ehrenamtliche Helfer*innen und Selbsthilfegruppen sind eine wertvolle Ergänzung eines
- 20 umfassenden Angebots.

Begründung

Begründung:

Mentale Gesundheit ist ein sehr wesentliches Thema, das durchaus nicht nur Kinder und Jugendliche betrifft (s. Z. 746ff., dort erwähnt) und Einsamkeit im Alter (s. o.). Die Probleme mit psychischen Erkrankungen nehmen in allen Altersgruppen zu. Die Versorgung ist oft unzureichend, und es dauert zu lange, bis Betroffene Hilfe finden. Das ist nicht nur ein individuelles Problem, sondern hat auch gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen. Deshalb sollte das Thema „mental health“ als eigenes Kapitel hervorgehoben werden.

PRO-4-745 Kap. 4.3. Gesundheit in Bewegung – gut versorgt. Gesundheit von Anfang an – für starke Familien

Antragsteller*in: Richard Langer (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Nach Zeile 745 wird eingefügt:
- 2 Prävention ist der Mittelpunkt unserer Drogen- und Suchtpolitik. Daher braucht es mehr
- 3 Aufklärungsarbeit an Schulen. Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen
- 4 Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur
- 5 Schadensminderung können gesundheitliche Risiken z.B. durch gestreckte Drogen reduziert
- 6 werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen
- 7 (Drug-Checking).

Begründung

Suchtprävention

Begründung erfolgt mündlich

PRO-4-750 Kap 4.3 Gesundheit in Bewegung – gut versorgt. Gesundheit von Anfang an – für starke Familien

Antragsteller*in: Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Zum Ende des Absatzes zu Mental Health (Zeile 750) werden folgende Sätze eingefügt:
- 2 "Wir wollen die Telemedizin fördern, um die Unterversorgung bei Psychotherapien im
- 3 ländlichen Raum zu reduzieren. Darüber hinaus prüfen wir, inwiefern sich Maßnahmen zur
- 4 Steigerung der Landärzt*innenquote auch bei Psychotherapeut*innen auf dem Land anwenden
- 5 lassen."

Begründung

Gerade im ländlichen Raum ist es schwer einen Therapieplatz zu bekommen. Dieser Antrag ist ein Beitrag dazu für gleichwertige Versorgung und Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu sorgen.

PRO-5-230 Kap. 5.1 Gemeinschaft gibt Halt – Was uns beieinander hält. Informiert im Dialog: Beteiligung leben, Mitsprache erweitern (Wahlinformation in Briefkästen mit "keine Werbung" zulassen)

Antragsteller*in: Bernward Causemann (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Im Anschluss an Kapitel 5.1, Abschnitt „Informiert im Dialog: Beteiligung leben, Mitsprache
2 erweitern“, Zeile 230, wird folgender Absatz eingefügt:
3 "Eine funktionierende Demokratie setzt mündige Bürger voraus, die sich vor Wahlen und
4 Volksabstimmungen bestmöglich über die jeweiligen Angebote der Parteien informieren können.
5 Der Zugang zu politischer Information wird jedoch aktuell dadurch eingeschränkt, dass
6 Rechtsunsicherheit darüber besteht, ob der Aufkleber 'Bitte keine Werbung' auf Briefkästen
7 auch Wahlkampfinformationen politischer Parteien und Informationen zu Bürgerentscheidungen
8 umfasst. Die direkte Ansprache aller Wahlberechtigten ist jedoch wesentlich dafür, eine hohe
9 Wahlbeteiligung und eine hohe Partizipation an demokratischen Prozessen zu erreichen. Eine
10 neue Landesregierung unter grüner Beteiligung wird sich daher im Bundesrat dafür einsetzen,
11 das Parteiengesetz entsprechend zu ändern."

Begründung

Nach derzeitiger Rechtslage ist es umstritten, ob ein Aufkleber „Bitte keine Werbung“ auch Wahlkampfwerbung politischer Parteien umfasst. Rechtsprechung gibt es dazu nur auf der Ebene eines Oberlandesgerichts. Laut wissenschaftlichem Dienst des Bundestags ist es auf Bundesebene möglich, durch Gesetzesänderung Rechtssicherheit zu schaffen (WD 3 - 3000 - 106/16). Derzeit verzichten die meisten grünen Kreisverbände darauf, in Briefkästen mit dieser Kennzeichnung Wahlkampfwerbematerial einzuwerfen, um rechtliche Risiken zu vermeiden. Dies wird jedoch vom politischen Wettbewerb teils sehr unterschiedlich gehandhabt, weswegen unseren Kreisverbänden ein politischer Wettbewerbsnachteil entsteht. Es liegt daher im Interesse eines jeden grünen Kreisverbands, aber auch anderer Parteien, eine Regelung herbeizuführen, die Rechtssicherheit schafft und unseren Ehrenamtlichen an der Basis einen möglichst effektiven grünen Wahlkampf ermöglicht.

Begründung für den Antrag an die Kreismitgliederversammlung:

Die KMV des KV Tübingen hat am 25.6.2024 bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen beschlossen, dieses Anliegen an die Bundesebene der Partei heranzutragen. Seither gab es darüber viel Kommunikation, darunter viel Unterstützung von Kreisverbänden. Von Bundesgeschäftsstelle und Bundestagsfraktion war die Reaktion dagegen zurückhaltend. Wollen wir unser Anliegen durchkriegen, muss das Thema von vielen Seiten aufgenommen werden. Unterstützung haben wir bereits von der LAG und der BAG Digitales und Medien, die aber nur indirekt zuständig sind. Die UAG Politische Kommunikation in der LAG DigiMe hat empfohlen, das Thema in das Landtagswahlprogramm einzubringen, weil die Landesregierung tatsächlich solch eine Initiative im Bundesrat ergreifen kann. Die Idee ist, dass der KV Tübingen den Antrag einbringt und die LAG ihn dann unterstützt. Parallel werden weitere Initiativen ergriffen, um, unabhängig vom Landtagswahlprogramm, Unterstützung von weiteren Kreisverbänden der LAG und der BAG Demokratie und Recht zu erhalten.

Unterzeichner*innen des Antrags: Bernward Causemann, Pauline-Sophie Dittmann, Benedikt Döllmann, Rainer Drake, Emil Gramm, Krishna Sara Helmle, Christoph Joachim, Asli Küçük, Manoah Kunze, Franca Leutloff, Christian Mickeler, Max Roehl, Annette Schmidt, Karin Widmayer, Swantje Uhde-Sailer

PRO-5-252 Kap. 5.1 Gemeinschaft gibt Halt – Was uns beieinander hält. Gleichberechtigung und Vielfalt leben: Freiheit und Sicherheit für alle

Antragsteller*in: Richard Langer (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

1 Zeile 252-257 wird wie folgt geändert:

2 Ursprüngliche Fassung:

3 Außerdem werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes in Baden-Württemberg
4 konsequent umsetzen und den Ausbau der Frauen- und Kinderschutzhäuser und
5 Beratungsstellen vorantreiben. Im Kampf gegen digitale Gewalt gegen Frauen
6 wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen, daher setzen wir uns dafür ein,
7 Diskriminierung und Hatespeech im Netz gezielt zu verfolgen und Angriffe
8 insbesondere auch auf Personen des öffentlichen Lebens konsequent aufzudecken.

9 Modifizierte Version:

10 Außerdem werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes in Baden-Württemberg
11 konsequent umsetzen und den Ausbau der Frauen- und Kinderschutzhäuser und
12 Beratungsstellen vorantreiben. Im Kampf gegen digitale Gewalt, die sich insbesondere gegen
13 Frauen richtet, wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen, daher setzen wir uns dafür
14 ein,
15 Diskriminierung und Hatespeech im Netz gezielt zu verfolgen und Angriffe
16 insbesondere auch auf Personen des öffentlichen Lebens konsequent aufzudecken.

Begründung

Digitale Gewalt gegen alle bekämpfen

Der aktuelle Stand impliziert fälschlicherweise, dass digitale Gewalt nur gegen Frauen existiert oder wir nur digitale Gewalt gegen Frauen bekämpfen wollen. Während es faktisch richtig ist, dass Frauen übermäßig stark von digitaler Gewalt betroffen sind, erscheint eine absolute Verengung darauf hier aber nicht notwendig und schwächt eher unser Argument.

PRO-5-297 Kap 5.1 Gemeinschaft gibt Halt – Was uns beieinander hält. Migration ordnen, Integration gestalten und Chancen schaffen

Antragsteller*in: Finn Schwarz (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 Die Überschrift in Zeile 297: Migration ordnen, Integration gestalten und Chancen schaffen
- 2 ändern in:
- 3 Migration und Integration gestalten - Chancen schaffen

Begründung

Migration ist urmenschlich. Wir müssen aufhören rechten Narrativen hinterherzulaufen und von Migration als sicherheitspolitischer Herausforderung zu sprechen, denn das ist sie primär nicht.

PRO-5-447 Kap 5.2 Rechtsstaat gibt Halt! Freiheit sichern – Demokratie stärken – Bedrohungen bekämpfen!. Entschlossen gegen Kriminalität – Hand in Hand für mehr Sicherheit

Antragsteller*in: Finn Schwarz (KV Tübingen)

Tagesordnungspunkt: 3 Änderungsanträge zum Entwurfstext Landtagswahlprogramm (zur Einreichung für die Landesdelegiertenkonferenz)

Antragstext

- 1 nach Zeile 447 einfügen: Initiativen zur Prüfung einer Senkung der Strafmündigkeit für
- 2 Minderjährigen lehnen wir ab.

Begründung

Die CDU-Justizministerin Gentges will eine Senkung der Strafmündigkeit. Damit ist sie in der Justizminister*innen-Konferenz der Länder gescheitert. Diesen Monat wurde seitens der Landtagsfraktion der CDU eine Anhörung dazu angesetzt:

https://www.instagram.com/p/DQuJrQDSDd/?img_index=3

Das Thema ist also noch nicht durch, und sollte von uns proaktiv angegangen werden. Wir geben mit unserem Wahlprogramm eine bessere Antwort wie wir mit Jugendlichen die mit dem Gesetz in Konflikt geraten umgehen wollen: Helfen und unterstützen, statt reines bestrafen.

SO-4-6 Antrag des Landesvorstands: Für europäische Unabhängigkeit und digitale Souveränität: Wir brauchen eine Alternative zu Palantir!

Antragsteller*in: Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen)
Tagesordnungspunkt: 4 Sonstige Anträge

Antragstext

- 1 Beim Antrag des Landesvorstands SO-4 zur Thematik Palantir soll in Zeile 6 im Satz:
- 2
- 3 Der Vertrag mit Palantir wurde ohne grüne Zustimmung abgeschlossen und bleibt
- 4 ein politischer Fehler, den das Innenministerium zu verantworten hat.
- 5 Vor "Innenministerium" der Zusatz "CDU-geführte" hinzugefügt werden.

Begründung

Die Verantwortung muss klar benannt werden, inklusive dessen, dass es sich um ein CDU-Ministerium handelt.